

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugsgebühren für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Sächse, Baruth (Markt). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.

Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebühres.



Anzeigenpreis: Die schlagzeilene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreizeilene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sächse, Baruth (Markt).

Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 56

Dienstag, den 11. Mai

1926

Die Eröffnung der Gefolde in Düsseldorf.

Die Düsseldorf große Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Lebensübungen ist fertig. Die Stadt hatte Flaggenschild angelegt. Der Bahnhof, die Hauptstraße und besonders die Zugänge zur Ausstellung waren mit festlichem Grün geschmückt. Oberbürgermeister Dr. Lehmann, Düsseldorf, begrüßte im Namen der Stadt und der Ausstellungsleitung die Gäste. Unter den Ehren Gästen begrüßte er besonders den Reichstanzler Dr. Luther, Reichsinnenminister Dr. Kützler, den Justizminister und Minister für die besetzten Gebiete, Marx, Generaloberstaatsarzt Czeglédy, Prof. Dr. Schulze und Generalstaatsarzt Dr. Braumann, ferner den preussischen Ministerpräsidenten Braun und den preussischen Wohlfahrtsminister Hirtzfelder. Außerdem waren anwesend der Rheinland-Kommissar, Czeglédy Langwerth von Simmern, und der Präsident des Deutschen und Preussischen Städte-tages Dr. Mulert. Oberbürgermeister Dr. Lehmann dankte allen denen, die das Werk vollbracht haben. Er schloß mit dem Humboldt'schen Wort: „Es gibt doch kein Vaterland, dem man lieber angehören möchte als Deutschland“.

Die Begrüßungsrede des preussischen Ministerpräsidenten.

Der preussische Ministerpräsident Braun hielt in der großen Festhalle zu Düsseldorf bei der Eröffnung der „Gefolde“ eine Rede, in der er u. a. folgendes ausführte: Die preussische Staatsregierung begrüßt die Ausstellung um so herzlich, als sie der Ansicht ist, daß ein zielbewußtes Wirken zum Besten der Erhaltung und Stärkung der Arbeitskraft, wie es die Gesundheitspflege und soziale Fürsorge in sich schließen, zu kaum einer Zeit notwendiger war als in den gegenwärtigen Tagen der deutschen Wirtschaftskrise und allgemeinen Notlage. Wie die Maschine in jedem Betrieb, damit er produktiv arbeiten kann, geölt und gepflegt werden muß, so gebührt in viel höherem Maße noch dem Menschen und seinem wertvollsten und heute meist einzigen Gut, seiner

Gesundheit und Arbeitskraft, sorgsamste Beachtung

und planmäßige Fürsorge. Sozialpolitik im modernen Sinne bedeutet in erster Linie mögliche Schadenerhaltung und höchstprozentige Erhaltung der Lebenskraft und Arbeitsfähigkeit.

Man hört jetzt so oft in Wirtschaftskreisen bewegliche Klage über zu hohe soziale Lasten, die zumeist in der Forderung nach Abbau unserer Sozialpolitik ausfließen. Diese Forderung geht fehl. Zugabe ist, daß die Lasten jetzt sehr drückend sind, aber in Rede genauere Erklärungen über den Ursprung und den politischen Zweck der Verordnungen abgibt, mit denen sich die Demokraten zufriedengeben könnten. Sie würden sich dann möglicherweise vorbehalten, ihr Mißfallen in der Diskussion zum Ausdruck zu bringen, das Mittrauensvotum aber ablehnen. Mehreres erwartet man vom Zentrum. Fraktionelle Beschlüsse darüber liegen natürlich noch nicht vor. Weiterhin spricht man von der Möglichkeit, daß noch eine

Ergänzung der Flaggenerordnung

in technischer Einzelheiten erfolgen könnte, wodurch die Farben Schwarzrotgold fester betont würden.

Am Montag werden die interfraktionellen Besprechungen wiederaufgenommen. Gleichzeitig tagen aber am Montag auch die Parteivorstände des Zentrums und der Demokraten. Das Kabinett steht nach wie vor geschlossen hinter dem Reichstanzler, und auch die demokratischen Minister bemühen sich lebhaft im Sinne einer Einigung.

Der Bund der Auslandsdeutschen hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg und den Reichsaußenminister Dr. Stresemann eine Eingabe gerichtet, in der er unter ausdrücklichem Hinweis, daß ihm jede parteipolitische Einstellung völlig fern liege, die Flaggenerordnung begrüßt, die den Wünschen der überwältigenden Mehrheit des Auslandsdeutschtums Rechnung getragen habe. Auch das Auslandsdeutschtum draußen stehe der parteipolitischen Einstellung der Heimat in der Flaggenerfrage völlig fern, aber die Flaggenerfrage sei für sie von großem außerparteilichem und wirtschaftlichen Werte. Wollte man die Geschlossenheit des Deutschtums im Auslande wahren, so müsse man bereit sein, gegebenenfalls parteipolitische Opfer zu bringen.

In dem Telegramm an den Reichsaußenminister betont der Bund, daß die Flaggenerordnung geeignet sei, das Band zwischen Heimat und Auslandsdeutschtum enger zu schließen.

feiner Zeit sind auch die Anforderungen an die soziale Fürsorge stärker und berechtigter als in solcher Zeit wirtschaftlicher Depression! Die aus dieser Beziehung entstehenden notwendigen Kosten müssen, auch und vielleicht gerade von einem verarmten Volk, nicht nur aus kulturellen und idealen, sondern auch aus wirtschaftlichen und nichtigen bedingenden Gründen aufgewandt und getragen werden.

Gesundheitspflege und soziale Fürsorge stehen in Wechselbeziehungen zu der Wirtschaftslage eines jeden Volkes. So ist auch der Krieg und seine Folgen nicht ohne fühlbaren Einfluß auf den Gesundheitszustand unseres Landes geblieben.

Die bisherigen Erfolge auf dem Gebiete sozialer Arbeit dürfen uns jedoch nicht ruhen und rasten lassen. Zur Vinderung und Abwehr der bedauerlichen Notstände sind gesteigerte Fürsorgebereitschaft und vermehrte Hilfeleistung

erforderlich. Dieser Volksfürsorge, Volksgesundheit und Volkserleichterung neuen und zeitgemäßen Ansätzen zu geben, scheint mir Sinn und Zweck dieser Düsseldorf Ausstellung zu sein!

Möge die „Gefolde“ den weitesten Kreisen Aufklärung, Belehrung und Anregung zu gesundheitsgemäßer Lebensführung, zur körperlichen und geistigen Erleichterung vermitteln.

Der Reichstanzler überbringt die Wünsche der Reichsregierung.

Im Anschluß an die Rede des preussischen Ministerpräsidenten ergriß der Reichstanzler Dr. Luther das Wort:

Hier in Düsseldorf, inmitten des Gebietes, das vor einem Jahr noch von fremden Truppen besetzt war, ertönt als großes Leitmotiv der deutsche Mensch. In der öffentlichen Gesundheitspflege erblickt ich eine der herrlichsten Großtaten menschlichen Geistes. Die Geschichte unserer deutschen Städte während einiger Jahrzehnte ist erfüllt von den großen Leiden hygienischer Fürsorge auf allen Gebieten. Jeder deutsche

Mensch ist ein Träger deutscher Wesens und deutscher Kultur, und wir können unsere Aufgabe nur darin erblicken, dieses deutsche Volk, das als selbstgeübte Nation mit einheitlichem Lebensziel den Weltkrieg überstanden hat, ungegährt und so stark wie möglich einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Wer sich zur Zukunft des deutschen Volkes bekennt, der muß auch in bitterer Uebergangszeit dafür sorgen, daß der Mensch nicht verflummt. Diesem Ziel, das deutsche Volk zu größter Kraftleistung anzuspornen, dient auch die Pflege der Leibesübungen. Nicht allein um die Pflege der Einzelseele geht es, sondern es handelt sich bei allen Leibesübungen auch darum, das

Bewußtsein des einzelnen Gliedes des deutschen Volkes

von Jugend auf zu wecken und ein ganzes Leben hindurch wachzuhalten. So gehören auch die Leibesübungen in das weite Gebiet deutscher Kulturbetätigung hinein. Die Ausstellung in ihren drei Richtungen dient dem einen großen Ziel der Pflege des deutschen Menschen. Der deutsche Mensch hat die Prüfungen und Nöte der Kriegszeit und Nachkriegszeit überstanden. Er wird seinen Weg nach oben fortsetzen, dessen Ziel nur die Wiedergewinnung eines wirklich freien Vaterlandes sein kann. In diesem Geiste eröffne ich die Düsseldorf Ausstellung und gebe ihr den Wunsch der Reichsregierung auf den Weg, daß sie dem deutschen Vaterland und Volk von reichem Nutzen sein möge.

Bermittlungsversuche im Flaggensreit

Die Berlin. Der Reichsinnenminister Dr. Kützler hat sich nach Düsseldorf begeben, wo er mit dem Reichstanzler bei Gelegenheit der Eröffnung der Gefolde zusammentrifft und ihn über die weiteren Verhandlungen in der Flaggenerfrage unterrichtet. Die Besprechungen sind in Gestalt einer interfraktionellen Konferenz weitergeführt worden, ohne daß sich ein größeres Ergebnis herausgestellt hätte. Immerhin hat sich die neue Krise nicht weiter entwickelt, sondern es machen sich deutliche Anzeichen bemerkbar, daß mit einer

Beilegung der Zwistigkeiten

innerhalb der Koalitionsparteien gerechnet werden kann. Auch bei den Demokraten scheint die ruhige Besinnung allmählich zurückzuführen, und vor allem bei der Volkspartei legt man großen Nachdruck darauf, daß ein Zerfall der Koalition verhindert werden müsse. Die Demokraten beharren zwar vorläufig noch auf der Ablehnung der Flaggenerordnung und auf ihrer Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Mittrauensvotum gegen den Reichstanzler, aber sie werden gegebenenfalls auf weiteren Widerspruch verzichten, wenn sie gewisse „Genugtuungen“ erhehlen.

Es wäre möglich, daß man Vereinbarungen dahin trifft, daß der Reichstanzler in seiner für Dienstag angefertigten

Die Arbeitsgemeinschaft der afrikanischen Kolonialverbände, als Vertreter der in Deutschland und in den ehemaligen Kolonien befindlichen Kolonialdeutschen, hat in ihrer Monatsversammlung einstimmig beschloffen, der Reichsregierung ihren Dank für den Erlass der Flaggenerordnung auszusprechen.

Die Landwirtschaft fordert größere Berücksichtigung.

Eine Entschließung des deutschen Landwirtschaftsrates.

Die Darmstadt. Als Abschluß der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates in Darmstadt wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Die Not der deutschen Landwirtschaft bedeutet eine schwere Gefährdung der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Im vollen Bewußtsein seiner Verantwortung lenkt der deutsche Landwirtschaftsrat die Aufmerksamkeit der Reichsregierung und des deutschen Volkes auf die Folgen, die hieraus für Volk und Vaterland entstehen müssen. Auf dem Gebiete der Handelsverträge muß bei gerechter Ausgestaltung des Zollproblems auch für die landwirtschaftlichen Produkte der

Schutz der heimischen Erzeugung

wieder in den Vordergrund treten. Bei Deutschlands wirtschaftlicher Lage ist für die Förderung überflüssiger Einfuhr kein Platz mehr.

Die Erleichterung der Kreditversorgung durch neue Regelung der Auswertungsbeschlüsse und unbedingt vermieden werden. Neuerliche Siedlung ist noch in vielen Gauen des Vaterlandes möglich und im deutschen Osten eine dringliche nationale Aufgabe. Das gleiche gilt für die Kultivierung brach liegender Obedlandereien.

Im Staatsleben und bei den internationalen Verhandlungen des Deutschen Reiches, muß die deutsche Landwirtschaft größere Berücksichtigung verlangen. Sie erwartet von Reichs- und Länderbehörden Fürsorge für die wirtschaftliche Förderung aller landwirtschaftlichen Betriebszweige.

Der Reichstanzler über die Not der Landwirtschaft.

Darmstadt. Auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates in Darmstadt ergriß auch Dr. Luther das Wort, um u. a. folgendes auszusprechen:

Für die besondere Lage der deutschen Landwirtschaft scheinen mir zwei Faktoren von größter Wichtigkeit. Wir besitzen in unseren Bauernhöfen einen Reichthum zur Pflege des deutschen Bodens, den ich zu den wertvollsten Akkumulatoren des deutschen Volkes rechne. In der überaus wichtigen Aufgabe der Ausbildung der jungen Landwirte müssen die landwirtschaftlichen Berufsträger und die Staatsgewalt in enger Vertrauensarbeit zusammenarbeiten.

Hinsichtlich der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse möchte ich kurz darauf hinweisen, daß hier selbstverständlich ein Zusammenhang mit den Unkosten besteht, die der Landwirt hat. Auch auf diesem Gebiete will die Regierung mit ihrer allgemeinen Preisentlastungsaktion helfen. Diese Preisentlastungsaktion wird immer umfrikten bleiben. Beim Roggenpreis ist es so, daß die ganze Lage des Roggenmarktes, besonders die

Kreditknappheit auf der Produktionshöhe

den auf Preisniedrighaltung gerichteten Kräften ein ungebührliches Uebergewicht gegeben hatte. Somit war es nötig, auf der Produktionshöhe die Wirksamkeit auch der Gegenkräfte zu ermöglichen. Deshalb die Gründung der Getreidehandelsgesellschaft, der das Reich 30 Millionen Mark Kredit zur Verfügung gestellt hat.

Angesichts der Kapitalnot ist es deshalb durchaus keine ungelungene Entwicklung, wenn von großen Besichtigungen, was dies zweckmäßig möglich ist, z. B. durch das Vorhandensein von Borwerken, Teile abverkauft werden, damit mit dem neu gewonnenen Kapital der Rest weiter intensiv bewirtschaftet werden kann. Aufgabe der Siedlung ist es sein, wo immer möglich, solche abverkauften Teile zu übernehmen und auf ihnen die jungen Bauernkräfte, von denen ich sprach, wirksam zu machen. Daneben unterstützt die Reichsregierung, wie Sie wissen, alle Bestrebungen, den kurzfristigen Kredit, der in so drückender und für das besondere Leben der Landwirtschaft vielfach widernatürlicher Art auf dem deutschen Landmann lastet, in längerfristige und möglichst bald langfristige Kredite umzuwandeln.

Dr. Schacht vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat.

Darmstadt. Auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates ergriß Reichsbankpräsident Dr. Schacht das Wort.

Auf dem Gebiete der Kreditpolitik liegt die Fühlungnahme zwischen der Reichsbank und der Landwirtschaft sehr gering gewesen, weil die Landwirtschaft in der Lage gewesen sei, sich ihr eigenes Kreditklima aufzubauen und daher auf die Reichsbank nicht angewiesen sei. Die Reichsbank sei leider nur in der Lage, in der Form des